

100/100

DER BUNDESBEAUFTRAGTE
Ministerium für Wissenschaft und Kunst
des Landes Nordrhein-Westfalen
Zentralarchiv -

MfS Zentralarchiv
Allg. S 109/65
Band 1X

109/65

Kopie BStU
AR 3

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
- Zentralkomitee -

304
BSU
000240

Vertrauliche Verschlussache
02 41/55

Angef. 1000 Exempl. je 7 Blatt

7 Exempl. 7 Blatt

An die
1. Sekretäre der
Bezirks- und Kreisleitungen
der SED

Berlin, den 7.2.1956

Werte Genossen!

Die Feinde der Deutschen Demokratischen Republik verstärken in den letzten Wochen und Monaten ihre Anstrengungen, Bürger der Deutschen Demokratischen Republik in das Gebiet der westdeutschen Bundesrepublik abzuwerben. Sie verfolgen damit das Ziel, der wachsenden Autorität unserer Republik entgegentreten und unsere wirtschaftliche Entwicklung zu schwächen.

Einzelne Parteiorganisationen unterschätzen diese Form des verschärften Klassenkampfes, verhalten sich teilweise passiv und entwickeln nicht eine breite Offensive zur Aufklärung der Werktätigen und Verurteilung dieser Machenschaften,

Alle Bürger unserer Republik sind davon zu überzeugen, daß der Bonner Staat, der von den Vertretern des wiedererstandenen deutschen Imperialismus regiert wird, keine Zukunft hat und die gegenwärtige, durch die imperialistische Aufrüstungspolitik bestimmte Wirtschaftskonjunktur nur den Monopolisten, Bankherren und Junkern riesige Profite bringt und sich dahinter große Steuerlasten, Freiserhöhungen und Verelendung der werktätigen Massen verbergen.

BSU
000241

- 2 -

Jeder Bürger unserer Republik ist fest mit der Idee vertraut zu machen, daß der Bonner Staat niemals das Vorbild für ein Gesamtdeutschland sein wird, sondern daß die DDR die solide Basis für die Entwicklung Deutschlands zu einem friedliebenden deutschen Staat ist. Jeder Bürger unserer Republik, der deshalb seine Arbeit, seine Fähigkeiten, seine Existenz den westdeutschen Monopolisten unterwirft, übt Verrat an dem Frieden, an der weiteren Festigung und Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, an der Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage.

Als Anlage übermitteln wir Euch die Vorschläge für die politischen und organisatorischen Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Republikflucht durchzuführen sind.

/Anlage: 6 Blatt

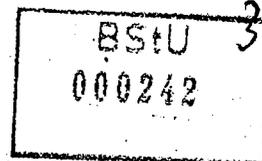
Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

gez. Walter Ulbricht

1. Sekretär

F.d.R.d.A.:

Ulbricht



Für die Bezirks- und Kreisleitungen

Alle Büros der Bezirks- und Kreisleitungen müssen sich über folgende Fragen fortlaufend informieren:

- a) Einschätzung der politischen Lage im Bezirk und Kreis und der hauptsächlichsten Argumente unter der Bevölkerung - nach Schichten.
- b) Überblick über die Republikflucht im letzten halben Jahr, Vergleichsziffern zu den vergangenen Jahren, Hierbei muß untersucht werden, wieviel davon mit der Bescheinigung Pm 12 und wieviel illegal über die Grenze gingen. Außerdem muß vermieden werden, daß durch Aufrechnung von Nachmeldungen aus vergangenen Monaten oder gar dem vergangenen Jahr für einzelne Monate ein falsches Bild des Anstiegens oder Absinkens der Republikflucht entsteht.
- c) Anteil der einzelnen Schichten an der Republikflucht (Arbeiter, Angestellte, Angehörige der Intelligenz, technische und wissenschaftliche getrennt usw.). Anteil der Frauen und Jugendlichen. Aus welchen Schichten setzen sich die republikflüchtigen Frauen und Jugendlichen zusammen.
In welchen Industrien ist die Republikflucht am stärksten.
- d) Die Schwerpunkte der Republikflucht (Betriebe, Verwaltungen, Schulen usw.). Die politische und wirtschaftliche Lage in diesen Schwerpunkten.
- e) Die Ursachen der Republikflucht.
- f) Die Feindtätigkeit im Bezirk bzw. Kreis.
- g) Zahl der Bürger des Bezirkes bzw. Kreises, die in diesem Jahr (nach Monaten aufgegliedert) in Westdeutschland waren, Anteil der einzelnen Schichten. Wieviel waren zu Besuch in der Republik. Anteil der Schichten.
- h) Wieviel Personen aus Westdeutschland kamen in die DDR. Wieviel davon sind Rückkehrer, Wie sind sie untergebracht, Wie lange dauert es, bis sie Arbeit bekommen.

BStU
000243

- 2 -

Auf Grund der jeweiligen Signale legt das Büro der Bezirksleitungen Maßnahmen fest, die unterschiedlich sein werden für solche Bezirke, in denen die Republikflucht stark zugenommen hat, wie z.B. Halle, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt, Leipzig gegenüber solchen Bezirken, wo die Republikflucht zurückgegangen ist oder stagniert. Es darf also kein Schema geben.

Diese Maßnahmen bespricht das Büro der Bezirksleitung mit den 1. Kreissekretären und den Abteilungsleitern der politischen Abteilung des Apparates der Bezirksleitung.

Mit den Kreissekretären wird festgelegt, in welchen Schwerpunkten zunächst den Grundorganisationen geholfen wird, eine offensive Agitation gegen die Republikflucht zu entfalten. Auch hier muß entsprechend der unterschiedlichen Entwicklung der Republikflucht in einzelnen Kreisen, Industriezweigen, Verwaltungen, Schulen usw. vorgegangen werden.

Gleichzeitig beauftragt die Bezirksleitung den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes zu überprüfen, welche Sicherungsmaßnahmen von seiten des Staatsapparates gegen die Republikflucht eingeleitet wurden, wie andererseits die Rückkehrer und die Zugewanderten untergebracht und in Arbeit vermittelt wurden bzw. wie die Ministerratsverordnung vom 28.1.1954 in diesen Fragen durchgeführt und kontrolliert wurde.

Es ist festzustellen, welche Maßnahmen politisch und administrativ durch Partei, Regierung und Massenorganisationen bei weiterer Entwicklung neu zu beschließen sind. Entsprechende Vorschläge sind an das Zentralkomitee zu berichten.

Jede Bezirks- und Kreisleitung muß einen monatlichen Plan besitzen, in dem festgelegt wird, wo und wann die leitenden Funktionäre des Bezirkes und Kreises mit den Arbeitern, Bauern und Angehörigen der Intelligenz Aussprache führen über die Grundfragen der Entwicklung unserer Republik, über die internationale Stellung unseres Staates,

Über den Staatsvertrag zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik, über die Perspektiven des Bezirkes bzw. des einzelnen Großbetriebes oder des Industriezweiges im Hinblick auf den zweiten Fünfjahrplan. Diese Aussprachen können im kleinen Kreis, in persönlichen Diskussionen, in Arbeiterversammlungen, in Aussprachen mit Mitgliedern einer Grundorganisation usw. geschehen, aber sie müssen endlich systematisch durchgeführt werden. Das gilt sowohl für die Funktionäre der Partei als auch für Genossen in leitenden Funktionen des Staatsapparates und der Massenorganisationen. Besonderer Wert muß darauf gelegt werden, den Mitgliedern der Parteiorganisation zur Klarheit in den Grundfragen unserer Entwicklung zu verhelfen, damit sie in der Lage sind, feindlichen und unklaren Diskussionen über die Entwicklung bei uns und in Westdeutschland wirksam entgegenzutreten.

Für die Grundorganisationen in der volkseigenen Industrie

Es ist notwendig, alle Agitationsmittel im Kampf gegen die Republikflucht einzusetzen. Das geschieht einmal durch Ausnutzung der Wandzeitungen, der Betriebszeitungen und des Betriebsfunkes zur Klärung der obengenannten Fragen, wobei die Lage im Betrieb und die vorgesehene Entwicklung berücksichtigt werden muß. Das kann zum anderen so vorgenommen werden, daß man zu besonderen Fällen der Republikflucht und des Abwerbens Stellung nimmt, daß man in Kleinstversammlungen in den Abteilungen, in denen Fälle von Republikflucht zu verzeichnen sind, offen mit den Kollegen darüber spricht. In den Fällen, in denen z.B. Jugendliche, die beabsichtigen, nach dem Westen zu gehen, von unseren Staatsorganen festgehalten und in ihre Heimatorte und Betriebe zurückgeschickt wurden, sollen abteilungsweise oder arbeitsabschnittsweise die Kollegen diese Jugendlichen von der Schädlichkeit ihres Handelns überzeugen.

In einzelnen Großbetrieben, in denen viel Republikflüchtige zu verzeichnen sind, sollte man in Belegschaftsversammlungen Vorträge von Vertretern der Staatsorgane und der Justiz halten lassen, wobei Tonbänder aus Agentenprozessen oder Prozessen gegen Abwerber abgespielt werden.

BStU
000245

- 4 -

Durch das Wirken der Parteiorganisationen muß eine gesunde Atmosphäre der Wachsamkeit bei allen Werktätigen geweckt werden. Ohne die Hilfe der Arbeiter und der fortschrittlichen Vertreter der Intelligenz kann man die Republikflucht nicht liquidieren.

Jeder Fall von Republikflucht muß sofort der Parteileitung gemeldet werden. In jedem einzelnen Fall muß eine offene Diskussion am Arbeitsplatz oder in der betreffenden Abteilung nach guter Vorbereitung durch die Parteigruppe oder die Leitung der Grundorganisation geführt werden.

Die Familie des republikflüchtig gewordenen muß von guten Genossen aufgesucht werden und die Ursachen der Republikflucht festgestellt werden. Der Familie ist vorzuschlagen die Angehörigen aufzufordern zurückzukommen. Man muß ihnen helfen, solche Briefe zu schreiben, die das Vertrauen der Abgewanderten zu uns herstellen. Maßnahmen hinsichtlich Arbeitsplatz usw. sind vorzubereiten und den Betreffenden anzubieten.

Die Parteileitungen müssen in Zusammenarbeit mit den Massenorganisationen im Betrieb und den Kaderabteilungen eine straffe Kontrolle über die Urlaubs- und Verwandtenbesuche nach Westdeutschland führen. Die Kaderabteilungen müssen mit solchen Genossen besetzt sein, die in der Lage sind, über die bloße Ausstellung einer Bescheinigung hinaus mit denen, die beabsichtigen, nach Westdeutschland zu fahren, ein persönliches Gespräch zu führen.

Es muß eine straffe Kontrolle über die Delegationstätigkeit geführt werden. Die Aussprachen mit den Delegierten sind gut vorzubereiten. In einer Reihe von Großbetrieben gibt es ein sogenanntes Betreuungssystem. Die Anzahl dieser Betreuer ist manchmal sehr hoch. Mit diesen Betreuern, die die Delegationen durch unsere Betriebe führen, muß laufend gearbeitet werden, damit sie in der Lage sind, die Grundfragen unserer Entwicklung und die Perspektiven des jeweiligen Industriezweiges und des Betriebes richtig zu erklären. --

Delegationen, deren Zusammensetzung man nicht kennt, oder die "zufällig" in die Betriebe geschickt wurden, können nicht mehr entgegengenommen werden.

Intelligenz

- a) Wissenschaftliche Konferenzen und Fachtagungen in Westdeutschland und Westberlin sind im Zuständigkeitsbereich der einzelnen Ministerien zu registrieren und es ist gemeinsam mit der zuständigen Abteilung des ZK festzulegen, auf welche Tagungen Bürger der DDR delegiert werden.
- b) Zur Einschränkung des Verkehrs nach Westdeutschland und Westberlin sind mehr als bisher wissenschaftliche Konferenzen und Fachtagungen in das Gebiet der DDR zu verlegen.
- c) Qualifizierte Wissenschaftler und Fachkräfte sollen auf Konferenzen, Versammlungen und Beratungen auftreten und den prinzipiellen Unterschied in der Entwicklung der DDR und Westdeutschland aufzeigen, um somit zu erreichen, daß es eine Ehre und Verpflichtung ist, alle seine Fähigkeiten für die DDR einzusetzen.

Die Grundorganisationen in den MTS, VEG und LPG sollen ebenfalls zu jedem einzelnen Fall von Republikflucht in der Mitgliederversammlung Stellung nehmen, danach in einer Belegschaftsversammlung (bzw. in LPG in einer Vollversammlung) die Ursachen beraten und Maßnahmen vorschlagen, um die Wachsamkeit der Belegschaft zu erhöhen. Wenn ein Mitglied einer LPG nach dem Westen gegangen ist, muß er nach Ablauf von 4 - 6 Wochen aus der LPG ausgeschlossen werden. In jedem einzelnen Fall muß von der Vollversammlung sorgfältig erwogen werden, ob auch evtl. zurückgebliebene Angehörige aus der LPG ausgeschlossen werden müssen.

Für die Ortsparteiorganisationen gelten die gleichen Prinzipien. Hier wird zunächst in der Parteiorganisation und später in der Gemeindevertretung jeder Fall von Republikflucht untersucht. Hierbei soll erwogen werden, ob es zweckmäßig ist, in Zusammenarbeit mit den

BStU
000247

- 6 -

Blockparteien Einwohnerversammlungen zu organisieren, wo nach Möglichkeit ein Gemeindevertreter der Blockparteien das Wort ergreift, hauptsächlich dort, wo es sich um mehrere Fälle illegaler Abwanderung handelt.

Wo im Bereich einer Wohnparteiorganisation Republikflucht zu verzeichnen ist, ist es notwendig, eine Hausversammlung einzuberufen, oder, wenn es sich um mehrere Fälle hintereinander handelt, eine Häuserblockversammlung zu machen, wo ein Vertreter der Nationalen Front des demokratischen Deutschland oder der Straßenvertrauensmann zu den Fragen der Abwerbung spricht und den Hausbewohnern klarmacht, daß sie gegen die Gesetze verstoßen, wenn sie Hilfe bei illegaler Abwanderung leisten, wie das häufig der Fall ist.

Die Grundparteiorganisationen im Staatsapparat müssen es vor allen Dingen als ihre Hauptaufgabe ansehen, die Mitarbeiter zur unbürokratischen Erledigung ihrer Aufträge zu erziehen, die Anfragen und Wünsche der Bevölkerung schnell zu erledigen und zu vermeiden, solche Anfragen von einer Instanz auf die andere abzuwälzen. Wenn im Bereich eines Ministeriums viele Fälle von Republikflucht zu verzeichnen sind, so beraten die Genossen des Ministeriums sich mit der entsprechenden Fachabteilung des ZK. Hierbei muß in Betracht gezogen werden, welche objektiven Ursachen, wie Versäumnisse in der Planung, Materialmangel, Vernachlässigung der Wünsche und Belange bestimmter Kreise der Intelligenz, administratives Einsparen und Umbesetzung von Arbeitskräften usw. den Abwerbern das Handwerk erleichtern.

Das gleiche Vorgehen gilt für die Genossen der Räte der Bezirke und Kreise. Die Parteiorganisationen im Staatsapparat machen den Ministern, Hauptverwaltungsleitern und Bezirksräten Vorschläge über notwendige Maßnahmen und entfalten Kritik an defätistischem Verhalten gegenüber den feindlichen Umtrieben zur Abwerbung von Fachkräften.

Für die Parteiorganisationen an den Schulen

Hier gelten die gleichen Prinzipien für die Behandlung der einzelnen Fälle von Republikflucht. Es muß zunächst in der Parteiorganisation eine Aussprache im Lehrerkollegium und wenn notwendig auch im Elternbeirat vorbereitet werden, die die politische Lage an der Schule, die feindlichen Einflüsse und wirksame Gegenmaßnahmen zum Inhalt hat. Hier soll nach Möglichkeit ein Vertreter der Kreisleitung bzw. des Staatsapparates (Abt. Volksbildung) hinzugezogen werden. Das gilt vor allem für solche Schulen, an denen mehrere Fälle von Republikflucht zu verzeichnen sind.

Es gibt einzelne Kreise, in denen die Republikflucht von Lehrern systematisch organisiert wird. Hier ist es zweckmäßig, daß die Kreisleitung in Zusammenarbeit mit der Abteilung Volksbildung des Rates des Kreises (der Genosse sein muß) eine Beratung mit den Parteisekretären an den Schulen des Kreises durchführt und mit ihnen Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht und Verbesserung der Lage an den Schulen festlegt.

Die Aufgaben der Gewerkschaft im Kampf gegen die Republikflucht

Die Leitungen der Industriegewerkschaften müssen eine Übersicht über die Republikflucht in ihrem Arbeitsbereich behalten, dem Bundesvorstand verstärkten Abgang sofort signalisieren und Maßnahmen vorschlagen und durchführen für die eigene Tätigkeit, für den Rat des Kreises, Bezirkes und Ministerium.

In den von der Partei vorbereiteten betrieblichen Versammlungen und Aussprachen, in denen Fälle von Republikflucht zur Diskussion stehen, soll die Gewerkschaft der Träger sein.

Im übrigen ist es notwendig, daß unsere Betriebsgewerkschaftsleitungen besser als bisher die Initiative der Werktätigen, wie sie in der Vorbereitung und Durchführung der ökonomischen Konferenzen zum Ausdruck gekommen ist, weiterentwickeln und sie zur entschiedenen Abwehr aller Versuche der Agenten des westdeutschen Imperialismus, Bürger unserer Republik nach dem Westen zu locken, zu erziehen.

BSU
000249

- 8 -

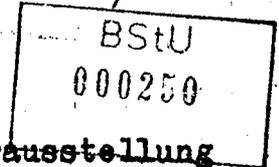
Zu den Aufgaben der FDJ im Kampf gegen die Republikflucht

Eine sehr ernste Frage ist es, daß ein großer Teil der Republikflüchtigen, besonders der Arbeiter, im Alter von 18 - 35 Jahre ist. Dabei ist zu beachten, daß hier wiederum der Hauptteil zwischen 18 und 25 Jahre liegt, wobei viele auch unter 18 Jahre sind.

Die Hauptursache liegt darin begründet, daß es weder der Partei noch dem Jugendverband bisher gelungen ist, bestimmten Teilen der Jugend die Illusionen über den "goldenen Westen" zu nehmen. Die individuelle Erziehungsarbeit unter der Jugend ist absolut unzureichend.

Der Zentralrat der FDJ wird aufgefordert, im Zusammenhang mit der besonders in der letzten Zeit sehr starken Republikflucht unter der Arbeiterjugend eine genaue Untersuchung der Lage unter der Arbeiterjugend und des Einflusses des Jugendverbandes auf diese Kreise der Jugend durchzuführen.

Ebenso ist es notwendig, sich mit der Lage unter den Studenten der Universitäten und Hochschulen zu beschäftigen. Im vergangenen Jahr sind Tausende von Studenten unserer Hochschulen in Westdeutschland "auf Urlaub" gewesen und haben zum Teil an westdeutschen Studentslagern teilgenommen. Es ist anzunehmen, daß ein Teil von ihnen von westdeutschen Agentenzentralen geworben wurde. Unter dem Deckmantel der Notwendigkeit einer objektiveren Darstellung über die Verhältnisse in Westdeutschland werden Material und westdeutsche Studentenzeitungen herumgereicht und die "Freiheit der Persönlichkeit" der "Einengung der Individualität durch das Kollektiv" gegenübergestellt. Auch hier ist eine genaue Untersuchung der politischen Lage und der Arbeit des Jugendverbandes notwendig, die zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die Verbesserung der Arbeit unter der studentischen Jugend führen müssen.



Der Zentralrat der FDJ wird beauftragt, eine Wanderausstellung über die Lage der arbeitenden und lernenden Jugend in Westdeutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik zusammenzustellen und sie zunächst in den wichtigsten Betrieben und auf den Hochschulen zu zeigen. In diesen Ausstellungen kann man evtl. Dokumentarfilme laufen lassen, wie sie in der Ausstellung des Staatssekretariats für Staatssicherheit gezeigt wurden.

Jeder Fall von Republikflucht, sowohl in den Betrieben als auf dem Land oder an den Universitäten und Hochschulen muß in der FDJ-Gruppe behandelt werden.

Briefverbindungen mit republikflüchtig gewordenen Jugendlichen, wie sie zum Teil von FDJ-Gruppen beschlossen wurden, sind einzustellen, wenn es sich nicht um besondere Fälle und Aufträge handelt.

Zur Arbeit des DFD im Kampf gegen die Republikflucht

In einigen Bezirken ist der Anteil der Frauen an der Republikflucht größer als der der Männer. Diese Frauen rekrutieren sich weniger aus der weiblichen Arbeiterjugend als aus Angestellten, Hausfrauen und sonstigen Schichten.

Die Genossinnen im DFD müssen sich mit dieser Lage beschäftigen, sie in ihren Gruppen diskutieren und die Mitglieder des DFD dazu erziehen, daß sie offensiv in Frauenversammlungen, Einwohner- und Hausversammlungen gegen die Machenschaften der Feinde der Republik auftreten.

Die Genossinnen im Bezirksvorstand des DFD in Halle werden aufgefordert, eine Analyse der Ursachen der starken Republikflucht unter den Frauen des Bezirkes zu erarbeiten und dem Bundesvorstand Vorschläge zur Bekämpfung der Republikflucht unter den Frauen zu unterbreiten.

Zu den Aufgaben der Nationalen Front des demokratischen Deutschland im Kampf gegen die Republikflucht

In den Bezirken und Kreisen, in denen die Republikflucht besonders stark ist, beraten die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland nach gründlicher Vorbereitung durch die Parteigruppen

Maßnahmen gegen die Republikflucht vor allem vom Standpunkt der Erziehung der Bevölkerung unserer Republik zur Wachsamkeit und zur Einhaltung der Gesetze.

In den laufenden Beratungen mit den Straßen- und Hausvertrauensleuten muß klargestellt werden, daß es gegen die Gesetze verstößt, wenn jemand illegal das Land verläßt und daß sich diejenigen strafbar machen, die ihnen dabei Hilfe leisten.

Die Straßen- und Hausvertrauensleute, die ja die Hausbücher führen, sind für Ordnung und Meldepflicht verantwortlich und verpflichtet, jeden Abgang aus dem Haus bzw. jedes Anzeichen beabsichtigter Republikflucht zu melden.

Zentrale Maßnahmen

In einer Sitzung des Zentralen Blockausschusses werden gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht festgelegt, diese Maßnahmen werden dann in den Bezirksblockausschüssen beraten.

Die im Sekretariat des Zentralkomitees festgelegten Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht werden in einer Abteilungsleiter-sitzung behandelt. In dieser Besprechung nehmen die Abteilungen Staatliche Organe, Allgemeiner Maschinenbau, Wissenschaft und Propaganda und Allgemeinbildende Schulen zu der auf ihrem Gebiet vorhandenen Republikflucht Stellung und unterbreiten Vorschläge, wie sie die vom Sekretariat gefaßten Beschlüsse durchzusetzen gedenken.

Die Abteilung Agitation/Presse-Rundfunk arbeitet gemeinsam mit dem FDGB eine Broschüre aus mit dem Titel "Wie lebt der Arbeiter in Westdeutschland" (Arbeitstitel). Diese Broschüre muß konkretes Material enthalten, das unseren Funktionären hilft, die Diskussion über die Lage der Arbeiter in Westdeutschland und bei uns besser zu führen. (Evtl. in der Art der "250 Fragen und Antworten" oder der "Bauernfibel"). Herausgeber. Tribüne oder Ausschuß für Deutsche Einheit.

404

BStU
000252

- 11 -

Es müssen Materialien und Rundfunksendungen zusammengestellt werden, die die Entwicklung von Wissenschaft und Technik in der DDR, in der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern zeigen. Die Abteilung Agitation/Presse-Rundfunk wird weiterhin beauftragt, eine Chefredakteurkonferenz einzuberufen, in der unter anderem die Linie im Kampf gegen die Republikflucht für eine längere Periode besprochen wird.

Der Presse muß durch die Agitationskommission laufend Material zur Verfügung gestellt werden, das Beweismaterial über die Profite der westdeutschen Monopole, der Investitionen ausländischen Kapitals, der Rüstungsvorbereitungen, der direkten und indirekten Besteuerung der werktätigen Bevölkerung, der Durchschnittslöhne und Preise usw. vermittelt.

Die Parteipresse und die befreundete Presse müssen durch Reportagen und Reisebeschreibungen über die Deutsche Demokratische Republik die Liebe zur Heimat wecken und durch ebensolche Beschreibungen der Länder der Sowjetunion und der Volksdemokratien das Interesse an diesen Ländern hervorrufen.

Mit der Kammer der Technik und dem Kulturbund sind seitens der Fachabteilungen Beratungen durchzuführen, wie man in breiterem Maße den wissenschaftlich-technischen und kulturellen Erfahrungsaustausch zwischen den Angehörigen der Intelligenz der Deutschen Demokratischen Republik und den Ländern der Volksdemokratien und der Sowjetunion organisieren kann. Ebenso muß erwogen werden, inwieweit es möglich ist, in größerem Maße als bisher Fachschriften und Fachzeitschriften aus diesen Ländern zu beziehen und zu übersetzen.

Die Abteilung Außenpolitik des ZK wird beauftragt zu überprüfen, welche Möglichkeiten es gibt, in verstärktem Maße auch kurzfristige Touristenreisen und Wanderungen in die volksdemokratischen Länder zu organisieren.